

Aufbruch!



Fraktion Aufbruch! im Rat der Stadt Sankt Augustin

Ihr/e Gesprächspartner/in: Köhler, Wolfgang

Verteiler: Vorsitzende(r), I, III, IV, BRB, BNU, FB 7, FB 2

Federführung: BNU

Termin f. Stellungnahme: 05.10.2018

erledigt am: 02.07.2018 vB

Antrag

Datum: 02.07.2018

Drucksachen-Nr.: 18/0230

Beratungsfolge

Rat

Sitzungstermin

10.10.2018

Behandlung

öffentlich / Entscheidung

Betreff

Sankt Augustin wird 'Blue Community'

Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt:

(A) Die Stadt Sankt Augustin tritt der globalen Initiative <Blue Communities> bei und übernimmt eine Rahmenvereinbarung für Wasser als Gemeingut, indem sie:

1. Wasser und sanitäre Grundversorgung als Menschenrecht anerkennt,
2. Öffentlich finanzierte und verwaltete Wasser- und Abwasserdienste unterstützt,
3. Wasser aus dem Hahn gegenüber Flaschenwasser fördert und die Nutzung von Wasser in Flaschen in Einrichtungen der Gemeinde und bei ihren Veranstaltungen einschränkt.

(B) Die Stadt Sankt Augustin wirbt bei den Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis und beim Rhein-Sieg-Kreis selbst sowie beim Wahnbachtalsperren-Verband um auch deren Beitritt zur Initiative <Blue Communities>.

Begründung

1. "Der Zugang zu sauberem **Wasser** ist ein **Menschenrecht**. Am 28. Juli 2010 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit der Resolution 64/292 das Recht auf **Wasser** als **Menschenrecht** anerkannt.[...] Zum angemessenen Lebensstandard zählt das Recht auf sanitäre Einrichtungen und sauberes **Wasser**."
(<https://www.google.com/search?q=wasser+menschenrecht&ie=utf-8&oe=utf-8&client=firefox-b-ab>)
2. Mit dem ersten erfolgreichen Bürgerbegehren der EU wurde die Absicht der EU-Kommission gestoppt, Trinkwasser der kommunalen Daseinsfürsorge zu entziehen und es stattdessen zum handelbaren Wirtschaftsgut zu machen. Aber weltweit versuchen nach wie vor große Konzerne, sich den Zugriff auf natürliche Wasservorkommen als Firmeneigentum zu sichern, - oft in auf Flaschen gezogenener Form - teuer zu verkaufen und damit für viele Menschen den Zugang zu Trinkwasser zu verunmöglichen bzw. unbezahlbar zu machen.
3. Damit wird gleichzeitig eine Implikation suggeriert, dass Wasser in Flaschen eine höhere Qualität habe als Wasser aus dem Wasserhahn der öffentlichen Wasserversorgung. Vergleichende Analysen zeigen immer wieder, dass diese Herabwürdigung des Wassers aus der öffentlichen Wasserversorgung nicht begründbar ist.
4. Auch das auf der Agenda stehende Handelsabkommen EU – Japan (JEFTA) scheint das Potenzial zu haben, Trinkwasser wieder als Handelsware zur Disposition großer Wirtschaftsunternehmen zu stellen.
5. Der Zusammenschluss von Kommunen, öffentlichen Versorgungsbetrieben und Organisationen und die Werbung für Trinkwasser aus der Wasserleitung können die Menschen dafür sensibilisieren, den Zugang zu Trinkwasser im Rahmen der öffentlichen Daseinsfürsorge zu verteidigen.

Auszug aus:

[Rede von Maude Barlow im Berliner Abgeordnetenhaus am 29. März 2017](#)

(Quelle: <http://bluecommunityberlin.de/texte-von-und-uber-maude-barlow/>)

„Unser Planet erlebt eine globale Wasserkrise. Der Bedarf nach Wasser wird in den nächsten 15 Jahren um 55% ansteigen. An diesem Punkt werden die weltweiten Wasserressourcen lediglich 60% des globalen Bedarfes abdecken und die Wasserkrise könnte im Jahr 2075 mehr als 7 Milliarden Menschen betreffen.

Europa ist davon nicht ausgenommen. Wassermangel und Dürre wachsen auch in Europa und werden in den kommenden Jahren zu einem wachsenden Problem werden. Der Klimawandel beeinflusst sogar Wasservorräte in Deutschland, vor allem im Osten des Landes. Der Mangel von Wasser in vielen Teilen der Welt trug zur Europäischen Migrationskrise bei und wird in den kommenden Jahr-

zehnten voraussichtlich mehrere Millionen Menschen pro Jahr zur Flucht bewegen. Es gibt keinen Ort auf der Welt, an dem wir Wasser als selbstverständlich betrachten können.

Die ökologische Wasserkrise beeinflusst die menschliche Wasserkrise. Mehr als 1.000 Kinder sterben immer noch jeden Tag an dreckigem Wasser. Es sterben mehr Kinder aufgrund von wasserinduzierten Krankheiten als durch alle Formen der Gewalt zusammen, inklusive Krieg. Aber der Mangel an Wasser existiert längst nicht mehr nur im globalen Süden. Viele Tausend Menschen in Europa haben ihren Wasserzugang abgeschnitten bekommen und Tausende in den Vereinigten Staaten haben kein fließend Wasser in ihren Häusern, weil sie sich die Preise nicht leisten können.

Im Jahr 2010 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen formell den Zugang zu Wasser und sanitäre Grundversorgung zum Menschenrecht erklärt und alle Regierungen für verantwortlich erklärt, ihren Bürgerinnen und Bürgern sauberes Wasser zur Verfügung zu stellen. Es gibt einen wachsenden Konsens, dass wenn wir die schwindenden Wasserreserven des Planeten erhalten und sauberes Wasser für alle zur Verfügung stellen wollen, wir das Wasser als Allmende und öffentliches Gut verteidigen müssen.

Wasser ist entscheidend für unser Überleben und muss allen Mitgliedern der Gemeinschaft zugänglich sein. Wenn die Entscheidung über den Zugang zu Wasser in die Hände privater Interessensträger fällt, verzerrt das Motiv des Profits seine gerechte Verteilung. Unter der Public Trust Doctrine erhalten die Rechte der Gemeinschaft und das Interesse der Öffentlichkeit Vorrang vor dem privaten Gebrauch von Wasser. Wasser wird als Gemeingut von Regierungen verwaltet und verteilt, damit alle in seinen Genuss kommen können, auch zukünftige Generationen.

Es gibt jedoch viele, die Wasser zu einer Handelsware machen und von ihm profitieren wollen. Der Trend zum abgefüllten Wasser wächst weltweit. Im Jahr 2020 wird die Industrie 300 Mrd. Euro im Jahr Umsatz machen und 465 Mrd. Liter Wasser verkaufen, hauptsächlich aus Plastikflaschen. Wo es wenig Zugang zu Wasser aus dem Hahn gibt, ist der Rückgriff auf Flaschenwasser verständlich. Doch in Nordamerika und Europa, wo Wasser direkt aus dem Hahn für die allermeisten zugänglich ist, gibt es eine Bewegung, die den Verkauf von Wasserflaschen auf Universitätscampus und in Rathäusern untersagen will.

Einige Gemeinden vertrauen noch immer auf private Anbieter für ihre Wasserdienstleistungen. Aber nach vielen Problemen geht der Trend nun wieder zurück zu einem öffentlichen Management. Seit 2000 haben mehr als 235 Gemeinden, darunter Paris und natürlich Berlin, ihre Wasserdienste rekommunalisiert. Dieser Trend ist inzwischen in 37 Ländern angekommen und betrifft mehr als 100 Millionen Menschen. Einige dieser Städte wurden zu Blue Communities.

Eine Blue Community übernimmt eine Rahmenvereinbarung für Wasser als Gemeingut, indem sie:

- 1) Wasser und sanitäre Grundversorgung als Menschenrecht anerkennt.
- 2) Öffentlich finanzierte und verwaltete Wasser- und Abwasserdienste unterstützt.
- 3) Wasser aus dem Hahn gegenüber Flaschenwasser fördert und die Nutzung von Wasserflaschen in Einrichtungen der Gemeinde und bei ihren Veranstaltung einschränkt.

gez. Wolfgang Köhler